



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. Februar 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

die **fremdenfeindlichen Übergriffe in Clausnitz und Bautzen** haben uns alle entsetzt. Um so wichtiger finde ich es, dass wir, wo immer möglich, uns zu Wort melden und den Hetzern entgegentreten und klarmachen, dass wir solche Grenzüberschreitungen nicht dulden. Denn so etwas hat nichts mehr mit freier Meinungsäußerung zu tun – selbst wenn Teile der AfD uns das weismachen wollen.

Wegen der schlimmen **Anschläge in Ankara** letzte Woche konnten die Gespräche zur Flüchtlingspolitik in Brüssel nicht so stattfinden, wie geplant. Trotzdem gibt es wenigstens Einigkeit über einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Türkei und Anfang März wird das **Sondertreffen mit der Türkei** nachgeholt. Auch der **Kompromiss mit Großbritannien** stimmt mich zuversichtlich und bringt ja auch für Deutschland gute Ideen: Dass man Kindergeld für im Ausland lebende Kinder nach den dortigen Lebenshaltungskosten bemisst, finde ich sehr richtig!

Im Bundestag ist **Sitzungswoche** und prominent auf der Tagesordnung steht das **Asylpaket II**, über das ich im letzten Newsletter schon berichtet habe. Wer noch mehr lesen möchte, dem kann ich einen Blick auf die Website der SPD-Bundestagsfraktion empfehlen, dort sind [aktuelle Informationen](#) zusammengestellt. Außerdem beschließen wir diese Woche das „**Girokonto für alle**“ und der **Weltfrauentag am 8. März** steht an – mehr dazu auf den nächsten zwei Seiten.

Bald ist es soweit in Darmstadt und im Landkreis – **am 6. März ist Kommunalwahl**. Das bedeutet in den kommenden Tagen auch für mich noch einmal eine Menge [Termine](#), z.B. die Echo-Podiumsdiskussion am 1. März um 19 Uhr in der Centralstation oder die **Kundgebung mit Sigmar Gabriel** im Justus-Liebig-Haus am 3. März um 18 Uhr. Vielleicht sehen wir uns dort? Das würde mich freuen!

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

*Euse / Brigitta Zypries*

+++ Aktion +++

## Meine Stimme für Vernunft!

Als Reaktion auf die Ausländerfeindlichkeit, den Islamhass und den auftretenden Antisemitismus in der AfD startet die SPD-Fraktion einen „Aufstand der Anständigen“.

Die **Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“** setzt ein Zeichen gegen Hass, Hetze, Gewalt und ruft zu einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft auf. Die Statements sind klar:

- **Unser Land braucht Zusammenhalt. Keine Ausgrenzung.**
- **Unser Land braucht Respekt. Keine Gewalt.**
- **Unser Land braucht Sicherheit. Keine Brandstifter.**

Wollen Sie uns unterstützen, können Sie dies unter folgendem Link tun:

<https://www.spd.de/meine-stimme-fuer-vernunft/>



+++ Ausschreibung +++

### Gustav-Heinemann-Bürgerpreis

Sie, ein Bekannter, eine Organisation, ein Verein oder ein Verband ist im Einsatz für Frieden? Im Einsatz für eine menschliche Arbeitswelt? Bekannt für Bürgermut und Zivilcourage? Und zeigt mit seinem Projekt Solidarität für die Schwachen, Randgruppen und Minderheiten?

Dann könnte er oder sie vielleicht der nächste Träger des 40. Gustav-Heinemann-Bürgerpreises sein, der von der SPD am 23. Mai verliehen wird.

Noch **bis zum 4. März** können Vorschläge und Bewerbungen in Berlin an folgende Adresse eingehen:

E-Mail: [gustav-heinemann-buergerpreis@spd.de](mailto:gustav-heinemann-buergerpreis@spd.de)

Post: SPD-Parteivorstand, Stichwort: Gustav-Heinemann Bürgerpreis, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Der Entscheid erfolgt durch Abstimmungen aller SPD-Mitglieder und interessierter Bürgerinnen und Bürger vom 4. bis zum 11. März auf [spd.de](http://spd.de).

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme und viele tolle Projekte!

### Wir wollen ein Girokonto für alle! Und Bargeld brauchen wir trotzdem.

Am Donnerstagnachmittag wird im Bundestag über einen Gesetzentwurf mit endlosem Namen abgestimmt: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“. Dahinter verbirgt sich vor allem ein **Rechtsanspruch auf ein Basiskonto für alle**. Auch Menschen, denen die Banken bisher die Eröffnung eines Kontos verweigert haben, zum Beispiel Wohnungslosen oder Asylsuchenden, wird dann Zugang zu einem Konto mit den grundlegenden Zahlungsfunktionen gewährt. **Die Kreditinstitute werden verpflichtet, Basiskonten anzubieten und zu führen**. Damit setzen wir auch eine EU-Richtlinie in deutsches Recht um.

**Es gibt in Deutschland eine Million Menschen ohne Girokonto**. Man muss nicht viel mehr tun, als diese Vorstellung einmal am eigenen Alltag zu prüfen: Der Einkauf mit EC-Karte an der Supermarktkasse ist noch der leichteste Fall, denn er lässt sich mit Bargeld erledigen. Wenn es um's Miete bezahlen geht, können wir uns schon nicht mehr vorstellen, bei der Hausverwaltung einen Umschlag mit Scheinen in den Briefkasten zu stecken. Und wer wollte beim Stromanbieter vor der Tür stehen, um die monatliche Vorauszahlung abzugeben! Vom Einkauf im Internet und Online-Banking noch gar nicht zu reden – **wer kein Girokonto hat, ist von vielen uns selbstverständlichen Vorgängen ausgeschlossen**.

**Ein bezahlbares Girokonto ist also kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit! Außerdem ist es eine Voraussetzung für gelingende Integration und gesellschaftliche Teilhabe**. Das Basiskonto soll den Kunden die grundlegenden Bankgeschäfte ermöglichen (und zwar zu einem angemessenen Preis, sonst hätten die Banken ja gleich die nächste Möglichkeit, ungewünschte Kunden fern zu halten!): Überweisungen, Lastschriften, EC-Karte und Ein- und Auszahlungen von Bargeld.

Apropos Bargeld. **In den letzten Tagen gab es eine heftige Diskussion um die Forderung des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger, das Bargeld abzuschaffen**, um den Notenbanken die Durchsetzung ihrer Geldpolitik zu ermöglichen. Dazu kann ich nur ganz klar sagen – und das ist auch Konsens in der SPD: **Wir wollen das nicht**. Bargeld ist rechtlich geschützt. Aus der grundgesetzlich festgelegten **Vertragsfreiheit** und der **Eigentumsgarantie** ergibt sich ein **Recht auf Bargeld, das nicht abgeschafft werden darf**.

Viele, nicht nur ältere, Menschen sind außerdem mit Online- und Kartenzahlssystemen nicht vertraut. Und **Bargeld dient dem Datenschutz**: Ohne es wäre jeder Bezahlvorgang, sei er noch so klein und privat, dokumentier- und speicherbar.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zyprides@bundestag.de](mailto:brigitte.zyprides@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Bilder:*

*SPD (S. 2), Lina Kramer (S. 3)*

### UN-Übereinkommen gegen Diskriminierung von Frauen – Am 8. März ist Weltfrauentag

Am Freitagvormittag diskutieren wir im Plenum über Diskriminierung von Frauen. Anlass ist der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht zum „**Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**“.

1985 hat die Bundesrepublik Deutschland dieses Übereinkommen ratifiziert. Seither werden regelmäßig Berichte über die Situation von Frauen in Deutschland vorgelegt und die aktuellen Gesetzesinitiativen und Maßnahmen dargestellt. Es geht dabei dieses Mal besonders um **Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, Diskriminierung im Erwerbsleben und Gewalt gegen Frauen**. Wer sich den gesamten Bericht zu Gemüte führen möchte, kann das Dokument [hier](#) einsehen!

In zwei Wochen, **am 8. März, ist übrigens Weltfrauentag**. Wie jedes Jahr wieder eine Gelegenheit, sich mit der Situation von Frauen auf der ganzen Welt zu beschäftigen. **Diskriminierung von Frauen – natürlich, das gibt es. Aber hier, bei uns in Deutschland?** Auf diese Idee kommt man nicht so schnell. Dabei sprechen die Zahlen für sich, besonders, wenn man sich das Berufsleben anschaut:

Obwohl sich innerhalb von zehn Jahren (2002–2012) die Prozentzahl der Frauen in manchen Berufsfeldern verdoppelt hat, bleibt die frauen- und männertypische Berufswahl bestehen. Auch die Prozentzahl der weiblichen Führungskräfte steigt zwar, aber nur langsam. Seit 1992 ist sie geringfügig um 3,6% gestiegen (von 25,5% auf 28,6%). Damit liegt Deutschland noch weit unter dem EU-Durchschnitt von 33% – und das, obwohl eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes klar zeigt, dass es in Deutschland gleich viel hochqualifizierte Frauen und Männer gibt!

Durchschnittlich verdient eine Frau 22% weniger als ihre männlichen Kollegen. Die größten Unterschiede lassen sich dabei noch immer in den männertypischen Berufen erkennen: mit 32% Gehaltsunterschied liegen technische und wissenschaftliche Dienstleistungen an der Spitze.

Aber das gilt erschreckenderweise auch, wenn man sich ein und denselben Job anschaut: Frauen verdienen im Durchschnitt 7% weniger als Männer in vergleichbaren Positionen.

**Unterschiedliche Löhne aufgrund des Geschlechterunterschiedes sind also leider immer noch Realität. Wenn das nicht Diskriminierung ist, was dann?**